



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Martin Stock CSU

**Sicherheit durch Information II:
Kommunale Mandatsträger und Beamte für Planungen und Herausforderungen
im aktuellen sicherheitspolitischen Kontext sensibilisieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept für ein Veranstaltungsmodell zu entwickeln, in dessen Rahmen Erste Bürgermeister, Landräte und Bezirkstagspräsidenten sowie Führungskräfte der kommunalen Verwaltungen über Planungen, Vorbereitungsmaßnahmen und Aufgabenfelder der Kommunen informiert und sensibilisiert werden können, die sich aufgrund des aktuellen geopolitischen Kontextes im Bereich der Zivilen Verteidigung ergeben, etwa in den Bereichen des Zivilschutzes oder der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Das Veranstaltungsmodell kann in Kooperation mit einem gesetzlich festgelegten Bildungsträger, etwa der Bayerischen Verwaltungsschule, entwickelt und angeboten werden.

Dem Landtag ist nach Entwicklung des Modells über seine Ausgestaltung zu berichten.

Begründung:

Der aktuelle geopolitische Kontext in Europa, insbesondere der offen zur Schau gestellte russische Imperialismus und Revisionismus sowie bereits stattfindende hybride Angriffe auf die Bundesrepublik und ihre europäischen Verbündete, lassen zielgerichtete Maßnahmen zur Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz als dringend notwendig erachten: Zu einer integrierten Verteidigungsfähigkeit und effektiven Abschreckung gehören nämlich nicht nur der militärische Bereich, sondern auch eine funktionsfähige zivile Ebene. Insbesondere die Kommunen nehmen im Rahmen der zivilen Verteidigung eine entscheidende Rolle ein, da sie in einem potenziellen Bündnis- oder Verteidigungsfall für die Umsetzung des Zivilschutzes vor Ort mitverantwortlich sind und gerade im Kontext der geostrategischen Lage der Bundesrepublik als Drehscheibe logistischer Ströme durch die Unterstützung durchziehender Militärverbände gefordert sein würden. Deshalb sollen Erste Bürgermeister, Landräte und Bezirkstagspräsidenten

sowie Führungskräfte der kommunalen Verwaltungen im Rahmen von Informationsveranstaltungen über Planungen, Vorbereitungsmaßnahmen und Aufgabenfelder aufgeklärt werden, die sich für die kommunale Ebene etwa in den Bereichen des Zivilschutzes oder der zivil-militärischen Zusammenarbeit ergeben können.